

## 126. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am Donnerstag, 29. April 2021\*

[Es gilt das gesprochene Wort]

**Oliver Krauß (CDU):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Es flackert etwas vor den Augen, wenn man vor dem Bildschirm sitzt, aber dieses Feuer wärmt nicht“, es entsteht keine Erlebnisgemeinschaft. In den Worten des Sprach- und Literaturwissenschaftlers Gerhard Priesemann klingt an, dass der persönliche Bildungsaustausch mehr als einen rein intellektuellen Zweck hat. Der Abschlussbericht unserer Enquetekommission „Brexit“ präzisiert das, wenn er den Wunsch nach authentischen sozialen Sprachkontexten zitiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 23. August 2021 werden wir das Jubiläum 75 Jahre Nordrhein-Westfalen begehen. Mit Sir Robert Birley, dem kulturpolitischen Berater der seinerzeitigen britischen Militärregierung, wird maßgeblich verbunden, dass Bildungspolitik in der Nachkriegszeit eine Sache der Besinnung ist – und nicht nur ein reines Durchsetzen von einer Re-Eduktion. Robert Birley wird im Jahr 1947 kulturpolitischer Berater der britischen Militärregierung. Nach der Abschottung vom Rest der Welt – „quite cut“ – geht es ihm darum, Universitäten wieder in Kontakt zu bringen: als Repräsentanten von Zivilisation gegen eine Stumpfheit, ohne Überlegungen die Meinungen und die Vorurteile anderer anzuerkennen.

Ein Flyer des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der als nationale Agentur die Hochschulzusammenarbeit über Erasmus+ verantwortet, weist darauf hin, dass die DAAD-Außenstelle in London im Mai 1952 wiedereröffnet: das ist noch bevor die Bundesrepublik mit dem Vereinigten Königreich diplomatische Beziehungen aufnimmt.

Die historische Einordnung verdeutlicht, dass die gute internationale Ordnung auf Vertrauen aufbaut. Das läuft über enge persönliche Beziehungen. Umgekehrt wird die Bildung Schlüssel für ein frei bestimmtes Leben. Das Vereinigte Königreich wird bei dem Forschungsprojekt „Horizon Europe“ dabeibleiben, aber es steigt leider aus dem Erasmus+-Programm aus, und das als Gründungsnation dieses Studierendenaustausches in der EU.

Bei der Diskussion des Antrags „30 Jahre Erasmus-Austausch in Nordrhein-Westfalen“ im März 2018 haben Sie, lieber Herr Kollege Johannes Remmel, die große europapolitische Einigkeit unterstrichen, die uns in der demokratischen Mitte verbindet. Wir lagen dabei zwar nicht in jeder Einzelheit dicht beieinander, aber es gab keine zwei Meinungen im Hinblick auf den überragenden Wert des Bildungsaustausches in Europa: Vorurteile zu überwinden, Persönlichkeit zu entwickeln, Integration zu schaffen.

Eine weitere Teilnahme des Vereinigten Königreiches als Programmland hätten wir uns sehr gewünscht. Von Erasmus+ – der Abschlussbericht der Enquetekommission macht das deutlich – profitieren nicht zuletzt junge Menschen, die zum Beispiel aus finanzschwachen Familien kommen. Der vorliegende Antrag kennzeichnet die Hürden von Studiengebühren, von Antragstellung, von Einreise- und von Aufenthaltsbestimmungen: Diese Einschränkungen, wenn das Vereinigte Königreich in der neuen Programmgeneration nicht mehr dabei ist, diese Einschränkungen belasten den akademischen Austausch, die Interaktionen zwischen den Schulen und in besonderer Weise den Bereich der beruflichen Bildung.

Das Vereinigte Königreich war im Jahr 2018 übrigens das wichtigste Zielland für Auszubildende aus der Bundesrepublik. 41 % der Lernenden, die den Rahmen von Erasmus+ nutzten, haben den Weg über den Ärmelkanal gewählt – und der Abschlussbericht unserer Enquetekommission hat vorausschauend angezeigt, dass dieser Proporz nicht ohne Weiteres aufzufangen ist. Zudem besteht weiterhin unser großes Interesse, die Auslandsmobilität in der Berufs- und Meisterausbildung zu entwickeln. Wenn nur 5 oder 6 % unserer Auszubildenden Erfahrungen im Ausland sammeln – Minister Karl-Josef Laumann hat das im Plenum deutlich gemacht: dann ist das einfach zu wenig.

Über die Vergabe von Stipendien wollen wir Wege neu ebnen, die der Rückzug des Vereinigten Königreichs aus dem Erasmus+-Programm beschädigt hat. Von der gegenüberliegenden Seite wurde das Turing-Programm entwickelt.

Bislang sind 53 % der britischen Auslandsmobilität aber über Erasmus+ gelaufen. Unilaterale Ansätze sollen deshalb in Zukunft wieder zusammengebracht werden. Unterhalb der nationalen Ebene stellen wir uns an die Seite der Landesregierung und setzen uns dafür ein. In der Wirtschaft wollen wir dafür Partner gewinnen.

Meine Damen und Herren, ich bitte hier um ein positives Votum für unseren Antrag; die subsidiären Lösungen liegen als Baustein daneben. Die strategischen Partnerschaften der Hochschulen, der Fächer des englischsprachigen Studienangebots, die neue Mobilisierung der Austausche in Sport, Kultur sowie in der sozialen Aktivität: Das ist ein europäisches Erneuerungsprojekt, das Existenzvoraussetzungen in Nordrhein-Westfalen festigt.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.